



**dbb**  
**beamtenbund**  
**und tarifunion**

landesbund  
rheinland-pfalz

Adam-Karrillon-Str. 62  
55118 Mainz

Postfach 17 06  
55007 Mainz

Telefon (06131) 61 13 56  
Telefax (06131) 67 99 95

E-Mail: [post@dbb-rlp.de](mailto:post@dbb-rlp.de)

## Rundschreiben Nr. 22/2024

### **An**

- a) Mitgliedsgewerkschaften der Landes- und Kommunalbediensteten
- b) dbb jugend rheinland-pfalz
- c) dbb landesfrauenvertretung rheinland-pfalz
- d) dbb Bezirks- und Kreisverbände

### nachrichtlich

- a) Mitglieder des dbb Landesvorstandes
- b) dbb Ehrenvorsitzende
- c) dbb Ehrenmitglieder
- d) dbb Kassenprüfer
- e) dbb arbeitnehmervvertretung rheinland-pfalz

Mainz, 07.11.2024  
he/--

## **Gewerkschaftspolitisches Spitzengespräch mit der CDU-Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz am 31.10.2024;**

*Öffentlicher Dienst im Land ist grundsätzlich ein attraktiver Arbeitsgeber, die Politik muss aber dringend viel mehr für seine Konkurrenzfähigkeit auf dem Arbeitsmarkt tun*

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

zu einem ausführlichen Gespräch über die Lage des öffentlichen Dienstes in Rheinland-Pfalz sowie über den aktuellen Landeshaushaltsentwurf 2025/2026 war die Landesleitung am 31.10.2024 zu Gast bei der CDU-Landtagsfraktion.

Zuerst in den Blick genommen wurden die zusätzlichen Stellen, die laut Haushaltsentwurf unter anderem in den Bereichen Justiz, Polizei und insbesondere im Schulsektor vorgesehen sind.

Auf die Frage der Fraktionsvertreter, ob in den Schulen wirklich alle Stellen mit grundständig ausgebildetem Personal besetzt seien, berichteten die Bildungsgewerkschaftsvertreter der dbb Delegation aus der Praxis, die geprägt sei von zu wenig Bewerberinnen und Bewerbern, von letztlich falschen Ausfallstundenstatistiken, systematisch unerfüllbaren Stundentafeln und von über das zusätzliche Stellenmaß noch hinausgehender Unterpersonalisierung.

Daraus erwachsende Bildungsmängel würden inzwischen immer weiteren Bevölkerungskreisen bewusst, das schlage allmählich zurück auf das allgemeine Demokratie- und Staatsverständnis. Die Landespolitik müsse hier energisch gegensteuern und verkappte Sparmodelle wie die „Schule der Zukunft“ schnell stoppen. Aus beamtenrechtlicher Sicht sei außerdem bedenklich, dass die prinzipielle Bestenauslese im aktuellen Personalengpass gefährdet sei.

Die dbb Landesleitung unterbreitete auch bei der CDU punktuelle Maßnahmenvorschläge entlang der Beschlusslage des Gewerkschaftstages vom Juni 2024.

Gefordert wurde unter anderem eine Anhebung der Anwärterbezüge sowie der Eingangsamtsbesoldung.

Untermauert wurde das mit Praxisschilderungen etwa aus der Finanzverwaltung, wo Anwärterinnen sowie Anwärter aus Rheinland-Pfalz und dem Saarland gemeinsam an der Hochschule für Finanzen Rheinland-Pfalz ausgebildet werden.

Die saarländischen Kolleginnen und Kollegen hätten kürzlich eine 50-prozentige Anhebung ihrer Bezüge verzeichnen können, was unter den rheinland-pfälzischen Studierenden für Unruhe gesorgt habe. Auch Abwerbungen von Absolventen durch Steuerberater seien an der Tagesordnung.

Deshalb müssten die Anwärterbezüge in Rheinland-Pfalz deutlich erhöht, weitere Attraktivitätsbausteine in den Bereichen Wohnungsfürsorge und Mobilität genutzt sowie die Eingangsamtsbesoldung verbessert werden.

Die CDU-Delegation erkundigte sich nach einem eventuellen Neuzuschnitt der A-Besoldungstabelle, mit zu Beginn der Laufbahn schneller ansteigenden und später abflachenden Stufen.

Die dbb Landesleitungsmitglieder zeigten sich zurückhaltend aufgeschlossen. Was breit zur Attraktivitätssteigerung des öffentlichen Dienstes beitragen könne, dürfe nicht unversucht gelassen werden.

Einigkeit bestand darin, Dienstfahrten im eigenen PKW im Rahmen der Ausbildung besser als bislang zu entschädigen. Dass die Landesregierung hier trotz nachvollziehbarer Expertenkritik unbeweglich geblieben sei, sei unvernünftig.

Die dbb Landesleitung unterbreitete sodann Vorschläge für Erschwerniszulagen gemäß interner Beschlusslage.

Gesprochen wurde über eine Feuerwehrezulage für den Dienst als Notfallsanitäter, über eine Feuerwehrezulage für den Höhenrettungsdienst, eine Justizvollzugszulage für den (verbeamteten) medizinischen Dienst in Justizvollzugsanstalten sowie allgemein über die Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit der Stellenzulage im Vollzugsdienst (Polizei, Feuerwehr, Justizvollzug).

An Praxisbeispielen wurde verdeutlicht, dass Kollegen im medizinischen Dienst des Justizvollzugs auch schon wegen geregelter Arbeitszeiten in den Rettungsdienst gewechselt sind, weshalb die Planbarkeit des Dienstes in der Justizvollzugsanstalt noch schwerer geworden sei. Mit dem medizinischen Dienst in der Anstalt gingen mehr Verantwortung und mehr Druck einher, auch nachts und an Wochenenden.

Unter dem Stichwort „Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst“ verwies die Landesleitung auf die Einführung einer Angriffsentschädigung für Angehörige des öffentlichen Dienstes des Landes und der Kommunen im Nachbarbundesland Hessen.

Insgesamt wirke sich jahrelanger Schicht-/Wechselschichtdienst negativ auf die Gesundheit und Lebenserwartung aus.

Als gerechtes Zeichen der Wertschätzung müsse die Ruhegehaltsfähigkeit der Vollzugsdienststellenzulagen unbedingt wieder her.

Die CDU-Abgeordneten zeigten größtes Verständnis für die bekannten Forderungen und verwiesen im Ergebnis auf eine Umsetzung im Falle einer Regierungsbeteiligung nach der nächsten Landtagswahl 2026.

Unter dem Tagesordnungspunkt „Beihilfenrecht“ forderte die dbb Delegation erneut die vereinheitlichende Anhebung und Dynamisierung der Einkünftegrenzen berücksichtigungsfähiger (Ehe-)Partner sowie die Abschaffung der Kostendämpfungspauschale.

Die CDU-Fraktionsmitglieder verwiesen auf die Fraktionsurheberschaft am seinerzeitigen Gesetzentwurf zur Abschaffung der Kostendämpfungspauschale, der mit den Stimmen der Regierungskoalition im Landtag abgelehnt worden war.

Sie bewerteten beide Forderungen als gut, richtig sowie überfällig, denn man sei hier vollständig gleicher Meinung.

Unter der Überschrift „Digitalisierung“ forderte die dbb Delegation zusätzliche Mittel und Ressourcen.

Digitalisierungssysteme entlasteten generell das Personal nicht in der Umstellungs-/Einführungsphase. Aber auch in der Phase der Konsolidierung gelinge die digitale Transformation nur schwer, wenn es unterschiedliche, uneinheitliche Lösungen, missverständliche Kommunikation zwischen Anwender und Dienstleister sowie unzureichende Reparaturmöglichkeiten im Praxisstresstest gibt.

Das sahen die CDU-Labgeordneten genauso; es wurde ergänzt, dass Landesbehörden teils auf ihren Internetseiten aktuell zuweilen darauf hinweisen, dass die Bearbeitung einzelner Vorgänge wegen der Digitalisierung länger dauern kann.

Unter dem Stichwort „Mobilität“ erfolgte ein Austausch zum Stand des Projekts „Dienstrad-Leasing“ im Landesdienst.

Die Abgeordneten teilten mit, dass das Dienstradleasing in der Landesverwaltung im ersten Quartal 2025 starten werde, und zeigten sich damit weniger optimistisch als die Abgeordneten von BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN, die der dbb Landesleitung im Gespräch im Oktober 2024 den Start des Leasingportals für den Jahreswechsel avisiert hatten.

Gemeinsam stellten die Gesprächspartner fest, dass der öffentliche Dienst im Land grundsätzlich ein attraktiver Arbeitsgeber sein könne. Es müsse aber dringend viel mehr Geld für seine Konkurrenzfähigkeit auf dem Arbeitsmarkt in die Hand genommen werden im Sinne verbesserter Nachwuchsgewinnung und dauerhafter Fachkräftesicherung.

An dem Gespräch nahmen von der CDU-Landtagsfraktion deren Vorsitzender Gordon Schnieder, der haushaltspolitische Sprecher Christof Reichert (Stellv. Vorsitzender des Haushalts- und Finanzausschusses des Landtags), die Abgeordnete Anette Moesta (Mitglied im Innen- sowie im Haushalts- und Finanzausschuss) sowie die Fraktionsreferentin Agnes Chudy-Endres (Haushalt und Finanzen) teil.

Die dbb Landesvorsitzende Lilli Lenz wurde begleitet von den stellv. Landesvorsitzenden Robert Tophofen, Johanna Mieder, Lars Lamowski und Hans-Dieter Gattung sowie Landesgeschäftsführer Malte Hestermann.

Mit freundlichen Grüßen



Lilli Lenz  
Landesvorsitzende